

Corriere del Ticino von Tito Tettamanti, 30.04.2021

Zwei Schweizen und ein Fehlschritt

Seit den 1990er Jahren, seit der Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (1992), ist die Schweizer Gesellschaft über ihre Beziehungen zur EU tief gespalten.

Diese Kluft wurde kürzlich durch die Endphase der Debatte über das vorgeschlagene Institutionelle Abkommen noch verschärft. Eine Reihe von Bürgerinitiativen haben öffentlich Stellung bezogen, entweder für oder gegen das Projekt. Drei sind sehr aktiv: Progresuisse (dafür), Autonomiesuisse und Kompass/Europa (dagegen). Progresuisse hat eine Liste von 195 Persönlichkeiten veröffentlicht, die ihre Position unterstützen, Autonomiesuisse die 22 Namen, die das Co-Präsidium bilden, Kompass/Europa wurde auf Initiative von Alfred Gantner, dem Gründer des Finanzriesen Partners Group, ins Leben gerufen. Geht man durch die Liste der 1.400 Mitglieder, gibt es viele Ähnlichkeiten mit Autonomiesuisse.

Nun, mit allen hierfür notwendigen Einschränkungen und Annäherungen, repräsentieren die veröffentlichten Namen der beiden Vereine einen Querschnitt der Schweizer Gesellschaft und es ist interessant, sie zu vergleichen.

In der Progresuisse-Liste finden sich 50 Personen, die ihre Eigenschaft als "ex" unterstreichen, d.h. nicht mehr aktiv oder zumindest nicht mehr in der Funktion, die ihre aktive Karriere geprägt hat. 33 sind Politiker im Amt, meist linke eidgenössische Parlamentarier, 25 Rektoren, Universitätsprofessoren (besorgt über den möglichen fehlenden Zugang zu europäischen Mitteln von Horizon). Dazu kommen ein Dutzend Berater und ein weiteres Dutzend Freiberufler sowie einige Journalisten. Für die Wirtschaft der Präsident der Schweizer Privatbanken und einige Präsidenten oder Verwaltungsräte von börsenkotierten Unternehmen.

Die Vertretung bei Autonomiesuisse ist viel geschlossener. Unter den 22 Namen finden wir 2 Politiker, es gibt keine Vertreter der verschiedenen oben identifizierten Kategorien, denn bei den anderen sind 19 Unternehmer, die fast immer Eigentümer oder wichtige Aktionäre ihrer Unternehmen sind. Die Liste der 900 Mitglieder scheint sehr ähnlich zu sein.

Bei Progresuisse sind diejenigen, die die Schweiz einst in verschiedenen Funktionen verwaltet haben, zusammen mit denjenigen, die sie heute teilweise über die Politik und die Wissenschaft verwalten, sehr präsent.

Auf der einen Seite ein einflussreicher Teil des nationalen Establishments, auf der anderen Seite die produzierende Schweiz, wichtige Teile jenes kleinen und mittleren Unternehmertums, das das Rückgrat unserer Wirtschaft bildet, das andere Interessen hat als die multinationalen Konzerne, die so vielfältig sind, dass sie staatenlos werden.

Auch in der Maschinenbaubranche gab es eine Spaltung zwischen dem Verband Swissmem, in dem die grossen Unternehmen der Branche zusammengeschlossen sind, und Swissmechanic, die sich mit 1.400 Mitgliedern und 70.000 Beschäftigten gegen das Abkommen ausspricht. Wir dürfen den Widerstand der Gewerkschaften nicht vergessen.

Ich bin der Erste, der zugibt, dass meine Überlegungen auf unvollständigen Stichproben und auf meiner eigenen oberflächlichen Analyse beruhen. Ich denke jedoch, dass vollständigere und professionellere Untersuchungen nicht zu ganz anderen Schlussfolgerungen führen würden.

Dies ist einer der Brüche, aber nicht der einzige, in der Haltung eines grossen Teils des Schweizer Establishments zum Thema der Beziehungen zur EU. Aber teilen wir uns nicht in gute und schlechte Schweizer ein, wir sind alle Schweizer, die unterschiedliche Ansichten darüber haben, wie wir den zukünftigen Erfolg unseres Landes sicherstellen können, natürlich auch durch die Linse unserer eigenen Interessen beurteilt. Leider haben sich die Beziehungen verschlechtert, Kontakte sind schwierig geworden oder gar nicht mehr vorhanden, und das ist nicht gut.

Es wäre auch die institutionelle Pflicht unserer Regierung, sich mit diesem Thema zu beschäftigen und zu versuchen, die Differenzen zu lösen. Leider sind die Erfolgsaussichten einer



solchen Intervention durch die gravierenden Fehler und die einseitige Vorgehensweise des Bundesrates in der Vergangenheit beeinträchtigt.

1992 der Antrag auf Beitritt zur EU (!), ein Antrag, der über zehn Jahre lang nicht zurückgezogen wird, was zu einer Politik der Äquivokation führt (raus, aber man weiss ja nie, vielleicht etwas ähnliches wie ein Beitritt), 2002 ist die Idee eines Institutionellen Abkommens unsere und nicht die der EU, 2013 formuliert die Regierung das Mandat für Verhandlungen mit Brüssel mit einem Text, der als dilettantisch bezeichnet wurde, sogar die unglückliche Idee, das Eingreifen des Europäischen Gerichtshofs im Falle möglicher Streitigkeiten zu akzeptieren, stammt von uns. Unter den gegebenen Voraussetzungen kam ein Vertragsentwurf heraus, der für uns nicht akzeptabel ist. Im Jahr 2018 der erste kluge Schritt, derjenige den Text zur Konsultation im Land zu stellen.

Das Ergebnis: eine Reihe von umstrittenen Aspekten zusätzlich zu den drei offiziell nach Brüssel kommunizierten Punkten, die eine Mehrheit der Bevölkerung entschieden ablehnt. Auf dieser Grundlage kann der Bundesrat nur zugeben, dass die Vereinbarung nicht akzeptiert werden kann.

Das Brüsseler Treffen war ein Akt der politischen Intelligenz und des geschickten Pragmatismus. Nachdem man sich auf diplomatischem Wege von der Unmöglichkeit einer Einigung über die vorgeschlagenen Grundlagen überzeugt hatte, legten die Parteien eine Denkpause ein, blieben aber in Kontakt. Alles war gut, bis auf die Aufregung einiger Schweizer Parlamentarier, die im Eifer des Protagonismus sehr böse reagierten und den Bundesrat - ohne die verfassungsmässige Kompetenz zu haben - zwingen wollen, sofort zu Verhandlungen zurückzukehren. Das ist ein gefährlicher Fehltritt, der zum einen die Spaltung des Landes verschärft und zum anderen die Position der Schweiz gegenüber der EU schwächt.